

Antrag 62/II/2023**KDV Pankow + AG Migration und Vielfalt LV****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch 60/II/2023 (Konsens)****Irrweg der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems beenden**

- 1 Wir fordern von der gesamten Bundesregierung, insbe-
2 sondere den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bun-
3 desregierung, der SPD-Bundestagsfraktion sowie den so-
4 zialdemokratischen Mitgliedern des Europäischen Parla-
5 mentes, den beim EU-Gipfel der Innenminister im Juni
6 2023 begonnenen Irrweg der Reform des Gemeinsamen
7 Europäischen Asylsystems zu beenden und sich im weite-
8 ren Verlauf der Verhandlungen sowie im Trilog-Verfahren
9 der Europäischen Union für folgende Punkte einzusetzen:
10
- 11 • Verpflichtende Asylgrenzverfahren für Menschen
12 aus Staaten mit einer geringen Schutzquote sind abzulehnen. Bei einer flächendeckenden Einführung
13 von Grenzverfahren sind haftähnliche Zustände zu befürchten, die wiederum die zivilgesellschaftliche
14 und anwaltliche Unterstützung erschweren und den Rechtsschutz einschränken. Unterbringungen
15 und Camps an Außengrenzen wie in Moria, dürfen sich unter keinen Umständen wiederholen! Daher
16 darf es keine de facto Inhaftierungen geben: Alle Einrichtungen müssen im laufenden Asylprozess je-
17 derzeit und an jedem Schritt unverzüglich verlassen werden können.
 - 18 • Es müssen jederzeit die rechtsstaatlichen Standards für Asylverfahren gesichert werden. Es darf nicht
19 sein, dass Menschen innerhalb dieser Asylgrenzverfahren kein reguläres Asyl- Verfahren durchlaufen.
20 Das höhlt das Grundrecht auf Asyl grundlegend aus und widerspricht damit auch der Genfer
21 Flüchtlingskonvention. Bei der Prüfung und Entscheidung von Asylanträgen muss weiterhin in je-
22 dem Fall ein rechtsstaatliches Einzelfallverfahren stattfinden. Ablehnungen und folgende Abschie-
23 bungen von Asylbeantragenden auf Grund von Anerkennungsquoten lehnen wir vehement ab.
 - 24 • Es braucht einen echten solidarischen Verteilme-
25 chanismus innerhalb der EU.
 - 26 • Die vorgesehenen Asylrechts- und Einreiseein-
27 schränkungen für begleitete geflüchtete Kinder dürfen nicht umgesetzt werden. Insbesondere
28 sind dabei Aspekte abzulehnen, die klare Benachteiligungen für Kinder und Jugendliche mit ihren
29 Familien, wie der Gefahr einer Inhaftierung von Minderjährigen und der Ausschluss des Familien-
30 nachzuges zur Folge haben.
 - 31 • Vulnerabilität muss fachlich adäquat durch unab-
32 hängige Stellen geprüft werden. Medizinische und

- 48 psychologische Betreuung ist dauerhaft sicherzu-
49 stellen.
- 50 • Analog zur deutschen Regelung sollten Geflüchtete
51 eine unabhängige Verfahrensberatung an die Seite
52 gestellt bekommen. Hilfsorganisationen brauchen
53 jederzeit Zugang zu Orten der Unterbringungen.
 - 54 • Es muss ein verpflichtendes Menschenrechts-
55 Monitoring durch Nichtregierungsorganisationen
56 in allen Phasen des Asylprozesses geben. Der Zu-
57 gang und die Transparenz müssen vollumfänglich
58 gewährleistet sein.
 - 59 • Die Bundesregierung muss sich in Zusammenar-
60 beit mit anderen Mitgliedstaaten für den Einsatz
61 und Ausbau der Seenotrettung mit ärztlicher Ver-
62 sorgung einsetzen, um das Sterben von flüchten-
63 den Menschen auf dem Mittelmeer ein für alle Mal
64 zu durch humanitäre Maßnahmen zu beenden. Da-
65 zu braucht es auch eine staatlich organisierte euro-
66 päische Seenotrettung. Hilfsorganisationen dürfen
67 nicht kriminalisiert und diffamiert werden; sie sol-
68 len aufgenommene Geflüchtete unmittelbar in eu-
69 ropäische Häfen ausschiffen dürfen. Es dürfen kei-
70 ne Menschen mehr sterben, weil ihnen eine regulä-
71 re Einreise unmöglich gemacht wird.
 - 72 • Menschenrechtsverletzungen an den europäischen
73 Außengrenzen – auch unter Beteiligung von Frontex
74 – müssen aufhören. Solange diese Grenzschutzor-
75 ganisation besteht, muss die Frontex-Politik an den
76 europäischen Grenzen im Sinne humanitärer Hilfe
77 überarbeitet und geändert werden. Die Bundesre-
78 gierung muss sich entschieden aktiv gegen Push-
79 Backs einsetzen.
 - 80 • Frontex ist gegenüber dem Europäischen Parlament
81 und dem Rat rechenschaftspflichtig. Frontex muss
82 von einem ständigen parlamentarischen bzw. un-
83 abhängigen Kontrollgremium überwacht werden,
84 nach dem Vorbild von Europol. In diesem muss Fron-
85 tex regelmäßig, transparent und umfassend über
86 die allgemeinen Tätigkeiten und über Vorgänge von
87 besonderer Bedeutung unterrichten und weiteren
88 Berichtswünschen nachkommen.
 - 89 • Grundsätzlich sind Rückführungen in nicht siche-
90 re Herkunftsländer abzulehnen. Rückführungen in
91 sogenannte sichere Drittstaaten, wie im Kompro-
92 miss vorgesehen, in denen Geflüchtete sich auf ih-
93 rer Flucht aufgehalten haben, lehnen wir auch ab.
94 Dass nicht mehr der Fluchtgrund, sondern nur noch
95 der Reiseweg über den Ausgang des Verfahrens ent-
96 scheidet, darf nicht Realität werden. Mindestens
97 muss jedoch gewährleistet sein, dass diese durch
98 die EU zu „sicher“ erklärten Drittstaaten vollum-
99 fänglich die Genfer Flüchtlingskonvention anwen-
100 den. In diesem Zusammenhang muss auch eine en-

101 ge Verbindung zwischen Geflüchteten und Dritt-
102 land bestehen. Methoden, wie die Aufweichung
103 der Einstufung dieser Verbindung, damit die Men-
104 schen an einem Asylantrag gehindert werden, müs-
105 sen strikt unterbunden werden. Grundsätzlich spre-
106 chen wir uns jedoch in jedem Fall gegen das aus
107 der Verantwortung ziehen der EU, Asylverfahren an
108 Drittstaaten sowie gegen Asylabkommen mit men-
109 schenrechtlich fragwürdigen Partnerstaaten mit al-
110 ler Klarheit aus.

111

112 Sollten diese Punkte nicht erfüllt sein, fordern wir so-
113 wohl von der Bundesregierung als auch den sozialde-
114 mokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlamen-
115 tes, einem etwaigen Kompromiss nicht zuzustimmen.
116 Die angeführten Punkte sind essenzielle Bestandteile für
117 ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, welches den
118 Demokratie- sowie Menschenrechtsstandards der EU ent-
119 spricht. Ein Unterlaufen dieser Standards muss mit allen
120 Kräften verhindert werden. Sollte die Reform gleichwohl
121 in Kraft treten, fordern wir die Bundesregierung auf, da-
122 gegen im Wege der Nichtigkeitsklage vor dem EuGH vor-
123 zugehen, um diejenigen Vorschriften zu beseitigen, die
124 mit den europäischen Grundrechten unvereinbar sind. Die
125 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion fordern wir dazu
126 auf, darauf hinzuwirken, die Bundesregierung gesetzlich
127 zu diesem Schritt zu verpflichten. Falls ein entsprechendes
128 Gesetz an den Koalitionspartner*innen scheitern sollte, so
129 sollen ihre Abgeordneten zumindest eine Subsidiaritäts-
130 klage gegen die Reform anstrengen.

131

132 Langfristig muss die Bundesregierung unmissverständ-
133 lich Abstand von populistischem Vorgehen und Narrati-
134 ven nehmen, die die Aufnahme von Geflüchteten ver-
135 weigert. Sie muss sich klar für die Aufnahme geflüchte-
136 ter Menschen aussprechen und sich gemäß der sozial-
137 demokratischen Leitlinie „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidari-
138 tät“ und in ihrer Rolle als europäischer Player für dieses
139 Verständnis in der Europäischen Union starkmachen. Eine
140 Fiktion der Nichteinreise ist zu jeder Zeit abzulehnen.

141

142 Auch auf nationaler Ebene muss umfassend gehandelt
143 werden. Die Kommunen müssen massiv gestärkt werden,
144 was bedeutet, diese angemessen finanzielle, strukturell
145 und personell zu stärken. Gleichzeitig muss die Integra-
146 tion zu einer öffentlichen Pflichtaufgabe werden, wofür
147 eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden
148 muss.

149

150 **Begründung**

151 Am 9. Juni 2023 wurde beim Rat der Innenminister:in-
152 nen der Europäischen Union ein Kompromiss hinsichtlich
153 der Reformierung des Gemeinsamen Europäischen Asyl-

154 systems geschlossen. Die getroffene Einigung ist eine kla-
155 re Abwehrhaltung gegenüber Menschen, die fliehen müs-
156 sen und hat zum Ziel die EU zu einer Festung Europa aus-
157 zubauen, welche nicht die Freiheits- und Menschenrechte
158 aller Menschen wahrt. Diese Einigung als „historisch“ zu
159 bezeichnen, empfinden wir als hochgradig unangebracht.
160 Wenige Tage nach dem Abschluss dieser Konferenz ist ein
161 Schiff mit bis zu 700 Geflüchteten vor der Küste Griechen-
162 lands gekentert. Die genaue Zahl der Todesopfer ist bis
163 heute nicht bekannt – man kann jedoch davon ausge-
164 hen, dass bei diesem Unglück mehrere Hundert Menschen
165 gestorben sind. Ein illegaler Push-Back des Bootes durch
166 die griechische Küstenwache kann aktuell als Ursache des
167 Kenterns nicht ausgeschlossen werden.
168 Der Tod dieser Menschen muss Weckruf für die gesam-
169 te europäische Gesellschaft sein, endlich eine humanitäre
170 Asylpolitik in der EU zu etablieren, damit das grauenhafte
171 Sterben im Mittelmeer aufhört.
172 Der sogenannte Asyl-Kompromiss kann hierbei aus unse-
173 rer Sicht nicht die Lösung sein, da er den sozialdemokra-
174 tischen Grundwerten „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“
175 nicht ansatzweise Rechnung trägt.